

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

18. - 24. Juli 2026

Das französische Parlament hat mit deutlicher Mehrheit ein landesweites Verbot sozialer Netzwerke für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren beschlossen. Ab dem 1. September dürfen Jugendliche unter 15 Jahren keine neuen Konten auf sozialen Plattformen mehr erstellen; bestehende Konten müssen bis spätestens zum 1. Januar 2027 geschlossen oder gesperrt werden. Ziel der Regierung ist es, Kinder und Jugendliche besser vor den Risiken digitaler Medien zu schützen. Zusätzlich wird die Nutzung von Mobiltelefonen künftig auch an den meisten Gymnasien verboten, wodurch die bestehenden Regeln für Grund- und Mittelschulen erweitert werden. Die französische Datenschutzbehörde soll überprüfen, ob die Alterskontrollen der Plattformen zuverlässig funktionieren. Kritiker, darunter Vertreter der linkspopulistischen Partei La France Insoumise (LFI) sowie Organisationen für digitale Rechte, befürchten jedoch, dass die Identitätsprüfung die Anonymität im Internet gefährden könnte. LFI hat beim französischen Verfassungsrat bereits Beschwerde gegen das neue Gesetz eingelegt.

Der französische Premierminister Sébastien Lecornu hat bestätigt, dass mehrere Mitarbeiter von Ministerkabinetten nach positiven Drogentests von ihren Aufgaben entbunden wurden. Die unangekündigten Speicheltests wurden im Rahmen einer neuen Regierungsrichtlinie eingeführt, um der Vorbildfunktion von Regierungsmitgliedern gerecht zu werden und die Staatssicherheit zu stärken. Die Regierung begründet dies damit, dass Drogenkonsum Betroffene erpressbar und damit anfälliger für kriminelle Netzwerke oder ausländische Einflussnahme machen kann. Lecornu betonte, Drogenkonsum sei kein Problem einzelner gesellschaftlicher Gruppen und dürfe auch in privilegierten Kreisen nicht toleriert werden. Die Tests betreffen Ministeriumsmitarbeiter ebenso wie Ministerinnen und Minister. Bei positiven Ergebnissen oder einer Testverweigerung sind disziplinarische Maßnahmen möglich, die Namen der Betroffenen werden jedoch aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Inzwischen wird auch im Parlament über die Einführung vergleichbarer Drogentests für Abgeordnete und deren Mitarbeiter diskutiert.

Das französische Parlament hat ein Notfallgesetz für die Landwirtschaft verabschiedet, das die Branche wirtschaftlich entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken soll. Besonders umstritten ist die Regelung, die unter bestimmten Voraussetzungen die Verwendung der Pestizide Acetamiprid und Flupyradifuron erlaubt. Beide sind in der EU zugelassen, Acetamiprid ist in Frankreich jedoch seit 2018 verboten. Das Mittel gehört zur Gruppe der Neonicotinoide und kann die Bestäubungsleistung von Bienen beeinträchtigen; zudem weist die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) auf offene Fragen zur möglichen Neurotoxizität hin. Die Regierung begründet die Neuregelung mit Wettbewerbsnachteilen für französische Landwirte. Die Gesundheitsbehörde Anses kann künftig befristete Ausnahmegenehmigungen erteilen. Gegner warnen vor Risiken für Umwelt und Gesundheit. Politisch führte das Gesetz zu Spannungen: Umweltministerin Monique Barbut bot nach der Verabschiedung ihren Rücktritt an, blieb auf Wunsch von Präsident Emmanuel Macron jedoch im Amt.

Das französische Parlament hat das sogenannte Ripost-Gesetz zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit verabschiedet. Der von Innenminister Laurent Nuñez vorgelegte Gesetzentwurf wurde nach der Zustimmung von Senat und Nationalversammlung mit den Stimmen des Regierungslagers, der konservativen Parteien und des Rassemblement National angenommen. Das Gesetz bündelt verschiedene Maßnahmen gegen Störungen der öffentlichen Ordnung. Dazu gehören das Verbot des Verkaufs von Lachgas an Privatpersonen, die Einführung neuer Straftatbestände für die Organisation und Teilnahme an illegalen „Free Parties“ sowie höhere Strafen für illegale Straßenrennen. Darüber hinaus wird die pauschale Geldstrafe für Drogenkonsum erhöht. Künftig werden entsprechende Strafbescheide zudem im Strafregister vermerkt. Ziel der Regierung ist konsequenter gegen Kriminalität vorzugehen, das Gefühl der Straflosigkeit zu bekämpfen sowie Polizei und Justiz wirksamere Instrumente an die Hand zu geben. Die linke Opposition kritisiert hingegen ein Sammelgesetz, das Grundrechte einschränke und vor allem junge sowie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen treffe. Nicht übernommen wurden Vorschläge zur Ausweitung von Stadionverboten sowie zur Erprobung algorithmischer Videoüberwachung in Geschäften.

Die französische Regierung plant, die jährliche Obergrenze der medizinischen Eigenbeteiligungen von 100 auf 200 Euro zu erhöhen. Betroffen sind Zuzahlungen für Medikamente, Arztbesuche sowie Labor- und radiologische Untersuchungen. Die Reform soll das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung verringern, Krankenhäuser unterstützen, innovative Medikamente finanzieren und einen bewussteren Umgang mit Medikamenten fördern. Ausgenommen sind rund 18 Millionen Menschen, darunter Minderjährige, Schwangere und Empfänger der solidarischen Krankenversicherung. Patientenverbände kritisieren die Pläne als „Steuer auf Krankheit“ und warnen vor einer stärkeren Belastung chronisch Kranker sowie dem Verzicht auf notwendige Behandlungen aus Kostengründen.

Der Rassemblement National (RN) ist Ziel einer Cyberattacke geworden. Nach eigenen Angaben wurden die Parteihomepage und die Server des RN angegriffen. Zudem wurde das X-Konto der Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen gehackt und kurzzeitig zur Bewerbung einer Kryptowährung missbraucht. Auf der Website wurde ihr Bild durch eine manipulierte Grafik ersetzt. Obwohl in einem Hackerforum der Diebstahl persönlicher Daten behauptet wurde, gibt es dafür bislang keine bestätigten Beweise. Der RN-Abgeordnete Jean-Philippe Tanguy erklärte, nach aktuellem Kenntnisstand seien keine sensiblen Daten von Parteimitgliedern oder Kandidaten kompromittiert worden. Er bezeichnete den Vorfall als ernst, da Le Pen für die Präsidentschaftswahl 2027 kandidiert, und forderte den Staat auf, die Cybersicherheit deutlich zu stärken. Die Pariser Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingeleitet und die Cybercrime-Einheit mit der Untersuchung beauftragt.

Die Waldbrände im Südwesten Frankreichs verschärfen sich weiter. In der Region Nouvelle-Aquitaine mussten rund 30.000 Menschen evakuiert werden, mehrere Häuser brannten nieder. Besonders betroffen ist der Urlaubsort Lège-Cap-Ferret. Da die Feuer weiterhin außer Kontrolle sind, hat Präsident Emmanuel Macron den europäischen Zivilschutzmechanismus aktiviert. Löschflugzeuge und Hubschrauber aus Kroatien, Portugal, Tschechien und der Slowakei sollen die französischen Einsatzkräfte bei der Brandbekämpfung unterstützen.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Vor der französischen Präsidentschaftswahl 2027 plant die Regierung strengere Maßnahmen gegen **Wahleingriff und Desinformation**. Ein Gesetzentwurf sieht deutlich höhere Strafen für die Verbreitung von Falschinformationen vor, wenn dadurch die Integrität von Wahlen beeinträchtigt wird: bis zu drei Jahre Haft und 45.000 Euro Geldstrafe, bei Handeln im Interesse einer ausländischen Macht oder Organisation bis zu sechs Jahre Haft. Zudem soll das seit 2018 bestehende Schnellverfahren gegen „Fake News“ auf alle Wahlen ausgeweitet werden. Ein weiteres Eilverfahren soll Gerichten ermöglichen, auch außerhalb von Wahlkämpfen gegen Desinformationskampagnen vorzugehen, wenn diese die nationale Sicherheit oder demokratische Institutionen gefährden. Ergänzend ist die Einrichtung einer unabhängigen Informationskommission geplant, die Öffentlichkeit und Kandidaten über mögliche ausländische Einflussnahmen informiert.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	6	5	
5	2	3	1
7	4	9	6
9	8	2	0

5.764

Laut Santé publique France führte die Hitzewelle vom 17. Juni bis zum 2. Juli 2026 zu mindestens **5.764** zusätzlichen Todesfällen in Frankreich. Das entspricht einem Anstieg der Gesamtsterblichkeit um 36 %. Besonders betroffen waren die Tage vom 25. bis 27. Juni, nachdem am 24. und 25. Juni mit einem landesweiten Durchschnitt von über 30 °C historische Temperaturrekorde erreicht worden waren. Insgesamt waren 92 Départements und somit fast die gesamte Bevölkerung betroffen. Ein Anstieg der Sterblichkeit wurde in allen Altersgruppen ab 15 Jahren festgestellt. Rund zwei Drittel der zusätzlichen Todesfälle entfielen auf Menschen ab 75 Jahren. Die Zahl der Todesfälle nahm sowohl in Krankenhäusern als auch zu Hause und in Pflegeheimen zu. Am stärksten betroffen war die Region Île-de-France mit fast 2.000 zusätzlichen Todesfällen. Keine erhöhte Sterblichkeit wurde in den Regionen Korsika, Okzitanien und Provence-Alpes-Côte d'Azur festgestellt. Die veröffentlichten Zahlen sind vorläufig und beruhen auf statistischen Schätzungen. Eine endgültige Auswertung wird nach Abschluss der sommerlichen Überwachungsperiode im Herbst veröffentlicht.